Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge

Herausgeber: Bioforum Schweiz

Band: 2 (1947)

Heft: 2

Buchbesprechung: Von neuen Büchern

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

VON NEUEN
Büchern

Friedenswirtschaft K. E. Boulding

Im Verlage A. Francke, Bern, ist ein Werk erschienen, das in seltener Klarheit und Übersichtlichkeit die Hauptfragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues behandelt, die Lehren aus der Vergangenheit zieht und die Aussichten für die Zukunft bespricht.

Welche Fülle von Anregung und wertvoller Bestätigung der Richtigkeit eines Denkens, das wir in vielen Jahren und harten Kämpfen verteidigt haben, bergen nur schon die folgenden paar Ausschnitte aus dem Buche des amerikanischen Volkswirtschafters, eines Schülers von Prof. Keynes!

Die Irrlehre vom «wertbeständigen Geld»

Für den Konservativen ist die Forderung nach einer «gesunden Währung» nicht ein Glaube, der logisch zu begründen wäre, sondern ein Fetisch. Sie beruht auf zwei Vorstellungen — vielleicht sollte man sie eher als Dogmen bezeichnen — nämlich erstens auf der Vorstellung, daß das Geld irgendwie durch Gold gedeckt sein müsse, und zweitens auf der Ansicht, daß der Haushaltplan (ausgenommen natürlich in Kriegszeiten, wenn just ein ernstlicher Versuch, den Haushaltplan zu balancieren, wirklich notwendig ist) ausgeglichen sein müsse. Die meisten Leute haben von der Goldwährung nur äußerst verschwommene Vorstellungen. Wenn man sie aber frägt, was sie unter «Deckung» verstehen, so werden ihre Ansichten noch nebelhafter. Gewöhnlich beherrscht sie die Vorstellung, daß das Unheil unvermeidlich kommen müßte, wenn nicht jede Banknote wenigstens rechtlich ein kleines Quäntchen von dem im Schatzamt liegenden Gold verkörpert. Gewöhnlich machen sie auch keinen genügend sorgfältigen Unterschied zwischen Gold (gemessen in Unzen) und Geld (gemessen in Dollars). In dieser Begriffsverwirrung werden sie unterstützt und bestärkt durch Nationalökonomen und Juristen, die hartnäckig den Dollar als eine bestimmte Gewichtsmenge Gold (oder Silber) zu definieren versuchen, was den gleichen Erkenntniswert besitzt, wie wenn man sagt, der Dollar könne als zwei Pfund Käse

definiert werden, da der Preis für das Pfund Käse 50 Cents beträgt. Kurz, sie erkennen nicht, daß die Goldwährung einfach ein Gesetz ist, das durch das Parlament genehmigt wurde und in dem ein Preis bestimmt ist, zu dem Schatzamt oder Notenbank Gold an- bzw. verkaufen müssen. Nach ihrer Auffassung garantiert die Goldwährung auf irgend eine mysteriöse Art und Weise die «Stabilität»; um die Frage, was sie eigentlich stabilisiert, kümmern sie sich aber überhaupt nicht. Natürlich garantiert die Goldwährung die Stabilität des Goldpreises. Sie garantiert auch die Stabilität der Devisenkurse, wenn seine Spielregeln von zwei Staaten befolgt werden. Praktisch garantiert sie aber auch die Unstabilität aller jener Erscheinungen, denen reale Bedeutung zukommt, wie der Einkommen, der Preise und des Beschäftigungsgrades. Unter dem Segen der «Stabilität» und «Gesundheit» der Goldwährung genossen wir eine Halbierung unseres Volkseinkommens (von 1929—1939) und ein Arbeitslosenheer von zehn bis zwölf Millionen Menschen, den virtuellen Zusammenbruch unseres Bankwesens, ja selbst große Schwankungen der Wechselkurse. Vornehm blieb in diesem chaotischen Wirrwarr von Bewegungen nur ein einziger Gegenstand stabil, der Goldpreis — eine Erscheinung, die Präsident Roosevelt schließlich gewaltsam beseitigte. Für dieses triviale und unbedeutende Element der Stabilität scheinen wir bereit zu sein, unser ganzes Wirtschaftssystem zum Wrack werden zu lassen.

Der Fetisch des ausgeglichenen Staatshaushaltes

Der Ausgleich von Staatseinnahmen und -ausgaben bildet das zweite Dogma der «orthodoxen» Schule. Indem sie eine vollkommen falsche Analogie zur Haushaltrechnung von Privatleuten oder Privatunternehmung zum Ausgangspunkt ihrer Erörterungen machen, behaupten die Konservativen, daß die Regierung, ebenso wie ein Individuum, ihre Haushaltrechnung immer auszugleichen hätte. Sonderbarerweise wird für Kriegszeiten dieser Grundsatz durchbrochen: augenscheinlich ist es vollkommen richtig, die Vernichtung von Leben und Vermögen durch eine Defizitwirtschaft zu finanzieren, unrichtig jedoch, ein Budgetdefizit zwecks Beseitigung von Elendsquartieren, zwecks guter Ernährung und zwecks aktiver Konjunkturpolitik einzugehen. Das Dogma vom Ausgleich des Staatshaushaltes entspricht einem Mißverständnis über den primären Zweck der Besteuerung: Dieser ist es, sowohl Inflation als auch Deflation zu verhindern. Üblicherweise glaubt man aber, daß die Besteuerung in erster Linie der Regierung die Bezahlung ihrer Ausgaben ermöglichen soll; diese Ansicht ist einer der hartnäckigsten Irrtümer, in denen unsere Vorstellungswelt befangen ist. Und doch liegt es in Kriegszeiten auf der Hand, daß die Verhinderung der Inflation der Hauptzweck der Besteuerung ist. Die Regierung gibt Unsummen für Kriegszwecke aus und lenkt so die Produktionsmittel von Industrien des zivilen Bedarfes in die Kriegsindustrien ab. Demgemäß verringert sich das Angebot an Gütern des zivilen Bedarfes, während gleichzeitig die Einkommen der Zivilpersonen steigen. Infolge der Produktionssenkung an zivilen Gütern muß auch der zivile Verbrauch eine Senkung erfahren.

Dies kann auf zwei Wegen erreicht werden: Entweder läßt man die Preise solange steigen, bis die privaten Wirtschaftssubjekte wegen der hohen Preise nicht mehr kaufen können als zur Verfügung steht, oder man besteuert das Einkommen so stark, daß die Bürger wegen ihrer verringerten Einkommen nicht mehr kaufen können als verfügbar ist. Die Verbrauchseinschränkung ist jene Erscheinung, die wir mit dem Ausdruck «Bezahlung der Kriegskosten» eigentlich meinen. Inflation und Besteuerung sind hierfür offenbar zwei sich gegenseitig ergänzende Methoden. Ebenso klar sollte es auch sein, daß während einer Deflation «negative Besteuerung» und Arbeitslosigkeit alternative Methoden sind, ein anderes Ziel, nämlich eine Senkung der Sparquote oder Kapitalbildung, zu erreichen. Mit wachsendem Kapitalvorrat kommt einmal der Zeitpunkt, an dem sich die Geschwindigkeit der Kapitalbildung verringern, m. a. W. der Überschuß der Produktion über den Verbrauch sinken muß. Dies kann nun entweder durch eine Verbrauchsausweitung oder durch eine Produktionssenkung geschehen. Die erste — und allein vernünftige Alternative — kann, wie ich glaube, nur mit Hilfe der staatlichen Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft verwirklicht werden. Wenn wir dies nicht erreichen können, so wird sich die andere Alternative auf dem Wege über eine Arbeitslosigkeit realisieren.

Ist ein grenzenloses Steigen der Staatsschuld möglich?

Nun mache, so erklärt man, die Erhaltung der Vollbeschäftigung, wenn die heute auf lange Sicht wirksamen Kräfte deflationistischer Natur sind, ein dauerndes Haushaltsdefizit erforderlich. Wird sich deshalb die Staatsschuld nicht immer höher auftürmen? Zwar betrachten heute jene, die einst bei dem Gedanken einer 45 Milliarden Dollars übersteigenden Staatsschuld zwecks Finanzierung des Baus von Dämmen und Straßen sowie der Vollbeschäftigung vor Entsetzen in Ohnmacht gefallen wären, mit Gleichmut eine Staatsschuld von 300 Milliarden, die der Finanzierung von Zerstörung und der Erringung des Sieges dient; trotzdem ist die Frage von wesentlicher Bedeutung. Droht von einem Ansteigen der Staatsschuld irgend eine Gefahr? Gibt es eine Grenze, die die Staatsschuld nicht überschreiten kann, ohne der Volkswirtschaft gefährlich zu werden? Lerner weist sehr richtig darauf hin, daß die auf die Staatsschuld ausgerichteten Zinszahlungen für die Empfänger Einkommen bilden und daher weggesteuert werden können. Selbst eine Staatsschuld von 10 Billionen Dollars jagt ihm keinen Schrecken ein. Indessen legen uns einige Überlegungen die Vermutung nahe, daß ein endloses Wachstum der Staatsschuld keineswegs erstrebenswert wäre. Es ist zwar richtig, daß die Staatsschuld, wenn wir sie bloß unter dem Gesichtspunkt der Zinszahlung, die auf sie geleistet werden muß, betrachten, lediglich als eine Neuverteilung von Einkommen erscheint, das den Steuerzahlern entzogen und den Inhabern von Staatspapieren zugeleitet wird. Wenn die letzteren den wohlhabenden Gesellschaftsklassen oder dem Mittelstand angehören (was tatsächlich der Fall ist), und die Minderbemittelten die Steuern zahlen, kann die durch die Staatsschuld herbeigeführte Einkommensneuverteilung unerwünschte Folgen haben. Nun kann aber, wie

wir sahen, ein Steuersystem, das der Schuldrückzahlung angepaßt ist, diese Folgeerscheinungen berücksichtigen, und die Einkommensübertragung vom Armen auf die Reichen ist demgemäß kein notwendiges (obwohl wahrscheinliches) Ergebnis der Staatsschuld. Andererseits darf man keinesfalls die Wirkungen der Staatsschuld auf die gesellschaftliche Kapitalstruktur außer acht lassen. Die gewöhnlichen kommerziellen Schulden verändern nämlich das Nettovolksvermögen nicht, obwohl sie, wenn sie Investitionen auslösen, auf direktem Wege das Nettovolksvermögen erhöhen. Die Ausdehnung der gewöhnlichen kommerziellen Kredittätigkeit führt in der Wirtschaftsrechnung der Bevölkerung zu einer gleichmäßigen Erhöhung von Aktiven und Passiven.

Die Besonderheiten der Staatsschuld

In dieser Hinsicht weist die Staatsschuld jedoch folgende Besonderheiten auf: Sie führt augenscheinlich nur zu einer Erhöhung der Aktiven und daher allem Anschein nach zu einer Steigerung des Nettovolksvermögens. Der Besitz einer öffentlichen Schuldverschreibung stellt für den Inhaber ein Aktivum dar; natürlich bildet sie für die Regierung, die sonderbarerweise keine Bilanz aufstellt, ein Passivum. Ich gebrauchte oben ganz bewußt den Ausdruck «augenscheinlich», weil, wenn unser Buchhaltungssystem genau wäre, sich jede Erhöhung der Staatsschuld sofort in einer entsprechenden Senkung der im Privatbesitz stehenden Kapitalwerte widerspiegeln würde. Der Wert des Privatkapitals hängt, wie in einem anderen Kapitel festgestellt wurde, von der Höhe des von ihm erwarteten Einkommens ab; da eine Erhöhung der Staatsschuld voraussichtlich zu einer erhöhten Besteuerung in der Zukunft führt, sollte man das erwartete künftige Einkommen aus dem Besitz von Privatkapital niedriger ansetzen, und damit sollte auch der Wert des Privatkapitals sinken.

Würde die Regierung eine Bilanz aufstellen, so hätte sie der aus der Staatsschuld entstehenden Verpflichtung ein «Aktivum» in Form ihrer künftigen Steuerforderungen gegenüberzustellen. Dieses «Aktivum» der Regierung ist für den Steuerzahler natürlich ein «Passivum». Nur weil wir in unserer Buchhaltung — insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Einzelwesen und dem Leviathan — nicht logisch vorgehen, leben wir in der Illusion, eine Erhöhung der Staatsschuld vergrößere das Nettovolksvermögen. Nichtsdestotrotz ist diese Illusion wichtig, da die Menschen, so lange sie an sie glauben, auch willens sind, die Staatsschuld als einen Teil ihrer Aktiven aufzunehmen.

Die Gefahren steigender Staatsschuld

Nun birgt das Wachstum sowohl der privaten als auch der öffentlichen Verschuldung eine schwere Gefahr. Übersteigt die Verschuldung ein bestimmtes Verhältnis zu den «realen Aktiva», d. h. zum Vorrat an Waren und Ausrüstungsgegenständen, also zum «Realkapital», so verliert sich wahrscheinlich die Bereitwilligkeit der Bevölkerung zur Anlage eines derart hohen

Prozentsatzes ihrer Mittel in Form von Schuldtiteln wie beispielsweise festverzinslichen Wertpapieren, und sie wird daher versuchen, ihre Aktiven aus der Wertpapierform in die Güterform umzuwandeln. Tritt dies ein, so sinkt natürlich der Kurs der festverzinslichen Wertpapiere, und der Zinsfuß steigt. Diese Kurssenkung wird für jene Organisationen, die einen großen Teil ihrer Aktiven in Gestalt von Wertpapieren halten, verheerende Folgen haben: dies wird insbesondere bei Banken der Fall sein. Die Bankenkrise, die jede Depression begleitet, entsteht hauptsächlich aus dem Kurssturz der festverzinslichen Wertpapiere und dem Wertverfall anderer Schuldverpflichtungen, die in den Bankportefeuilles eine bedeutende Stellung besitzen. Die Erhöhung des Kreditvolumens birgt daher eine wirkliche Gefahr, die extreme Keynesianer übersehen. Sie droht bei allen Schuldformen, gleichgültig, ob es sich nun um öffentliche, private oder korporative Schulden handle, und doch ist sie bei Staatsschulden besonders groß, da diese in der Regel nicht zur Erweiterung der Kapitalausrüstung oder zu anderen Investitionszwecken eingegangen werden. Dem gegenüber zeigt die private Kreditaufnahme für produktive Zwecke die Neigung, neben der Vergrößerung des Schuldvolumens auch den Gesamtwert des Volksvermögens zu erhöhen; daher führt das Wachstum der privaten Verschuldung auch zu keinem derart ungünstigen Verhältnis zwischen Schuldvolumen und realem Volksvermögen, wie man vermuten könnte. Andererseits vergrößert die für konsumtive Zwecke aufgenommene Staatsschuld nicht nur das Schuldvolumen, sondern dürfte überdies noch das reale Volksvermögen verkleinern. Demgemäß verändert sich mit dem Ansteigen der Staatsschuld das Verhältnis von Schuldvolumen zu Realvermögen um so schneller.

Der Staat trägt eine Verantwortung für die Wirtschaft

Der Staat trägt eine bedeutsame Verantwortlichkeit für die Ordnung unserer Wirtschaft. Eine Aufgabe der theoretischen Wirtschaftspolitik ist es, Art und Grenzen dieser Verantwortlichkeit aufzudecken sowie jene Aufgaben herauszustellen, die durch private Wirtschaftssubjekte nicht richtig erfüllt werden können und daher vom Staate als dem Werkzeug der Gesellschaft übernommen werden müssen. Die Nationalökonomen waren sich dieser Tatsache immer bewußt. Seit den Zeiten Adam Smiths hat niemals ein Nationalökonom für die Doktrin des reinen «Laisser faire» seine Stimme erhoben, obwohl ihre Meinungen darüber weit auseinandergingen, wo die Staatsphäre enden und die Individualsphäre beginnen soll. Immer — auch von den konservativsten Wirtschaftstheoretikern — war zugegeben worden, daß die Lenkung des Geldwesens eine der Hauptaufgaben des Staates bilde. Die Meinungsverschiedenheit zwischen der konservativen und der in diesem Buche vertretenen Ansicht besteht lediglich in den Zielen dieser Lenkung. Nach der konservativen Ansicht sollte Hauptzweck der Lenkung und Manipulierung des Geldwesens die Beibehaltung eines bestimmten Goldpreises sein. Nach meiner Ansicht liegt der Hauptzweck in der Erhaltung annähernd stabiler Geldeinkommen und in der Verhinderung einer allgemeinen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise.